



**Weltklimakonferenz in Bali:**

**Letzte Chance für Exit-Strategie bei globalem Klimaschutz**

Grüne Maßnahmen und Forderungen an Bundesregierung

**Pressekonferenz**

mit

Abg. z. NR. Dr. Eva Glawischnig, stv. Bundessprecherin

Abg. z. NR. Dr. Ruperta Lichtenecker, Umwelt- und Energiesprecherin

Presseraum der Grünen, Löwelstrasse 12/2.Stock, 1010 Wien

**Wien, am 30. November 2007**

## Zusammenfassung

Bei der UN-Weltklimakonferenz in Bali (3.-14. Dezember) müssen die Weichen für eine Trendwende in der globalen Klimaschutzpolitik gestellt werden. Es ist dies die wahrscheinlich letzte Möglichkeit, das Ruder im Kampf gegen den Klimawandel noch rechtzeitig herumzureißen. Zentrales Ziel für die Konferenz in Bali muss die Festlegung eines Verhandlungsfahrplans sein, an dessen Ende ein neues Weltklimaschutzabkommen mit deutlichen Reduktionsverpflichtungen steht.

Bis spätestens Ende 2009 muss ein neues Abkommen unter Dach und Fach sein, das einen nahtlosen Übergang vom 2012 auslaufenden Kyoto-Protokoll garantiert. Die VerhandlerInnen in Bali müssen sich dabei an den aktuellen Berichten und Vorgaben des UN-Weltklimarates IPCC orientieren: Weltweit müssen die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mind. 50% gesenkt werden. Die Industrieländer müssen ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 30% und bis 2050 um mindestens 80% senken (jeweils geg. 1990).

Für folgende Schlüsselpunkte muss in Bali ein starkes Bekenntnis abgelegt werden:

- Die Industrieländer, also auch Österreich, müssen sich zu deutlich höheren Emissionsreduktionen verpflichten als bisher.
- Schwellenländer (China, Indien, Brasilien etc.) müssen ebenfalls gewisse Reduktionspflichten übernehmen.
- Die Industriestaaten müssen den Schwellen- und Entwicklungsländern mit Technologie und Kapital beim Klimaschutz viel stärker helfen als bisher.
- Die ärmsten Länder müssen von den Industriestaaten bei Anpassungsmaßnahmen gegen den Klimawandel finanziell unterstützt werden.

Die Ausgangssituation für die Verhandlungen in Bali sind nicht rosig. Derzeit deutet alles darauf hin, dass das im Kyoto-Protokoll fixierte globale Reduktionsziel (Minus 5% Treibhausgase in Periode 2008 – 2012, gegenüber 1990) verfehlt wird. Die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen weiter an. In der EU ist eine leicht sinkende Tendenz zu beobachten. Ob die EU-15 allerdings ihr Klimaziel (Minus 8%) erreichen wird, ist ungewiss. Derzeit liegen die Emissionen der EU-15 nur 2% unter dem Niveau von 1990.

Die EU hat zwar angekündigt, in Bali eine internationale Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen zu wollen, die Beschlüsse der EU-Umweltminister im Vorfeld der Weltklimakonferenz sprechen eine andere Sprache. Die EU will ihre Emissionen bis 2020 nur dann um 30% reduzieren, wenn andere Industriestaaten mitziehen. Ansonsten ist die EU nur zu einer Reduktion um 20% bis 2020 bereit. Auch die Option eines Ausbaus der Atomkraft unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wird von der EU nicht ausgeschlossen.

Mit einem großen Rucksack fährt Umweltminister Pröll nach Bali. Österreich zählt zu den Klimaschutzschlusslichtern in der EU, nur Spanien ist weiter entfernt vom Kyoto-Ziel. Auf Grund fehlender bzw. zu spät greifender Klimaschutzmaßnahmen droht Österreichs SteuerzahlerInnen ein Milliardendebakel in Eurofighter-Format. Bis zu zwei Milliarden Euro wird die Bundesregierung aus öffentlichen Mitteln an Kompensationszahlungen leisten müssen, um sich von der absehbaren Verfehlung des Kyoto-Ziels in der Periode 2008 – 2012 freikaufen zu können.

## Von Kyoto nach Bali

Im Dezember 1997 fand in Kyoto die dritte Konferenz der Vertragsstaaten (COP 3) der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen<sup>1</sup> statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurde das Kyoto-Protokoll verhandelt. Das Kyoto-Protokoll legt für Industrie- und Transformationsstaaten erstmals verbindliche Ziele zur Beschränkung oder Reduktion der Emissionen von sechs Treibhausgasen (CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub>, N<sub>2</sub>O, HFKW, PFKW und SF<sub>6</sub>) zur Eindämmung des anthropogenen Treibhauseffekts fest. Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 bis zum Zeitraum 2008 bis 2012 um mindestens 5,2 % zu senken. Für die EU wurde ein Ziel von Minus 8% fixiert.

Diese Emissionsziele sind seit Februar 2005 völkerrechtlich verbindlich, nachdem das Protokoll von 55 Vertragsparteien ratifiziert wurde, die für 55 % der Treibhausgasemissionen der Annex-I-Länder<sup>2</sup> verantwortlich sind. Mit Stand Februar 2007 sind 174 Staaten Mitglieder des Kyoto-Protokolls, diese Länder sind für 61% der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Nicht ratifiziert haben das Kyoto-Protokoll u.a. die USA und Australien.

Jährlich findet eine UN-Klimakonferenz („Weltklimagipfel“) der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention statt (Conference of the Parties, COP), seit 2005 ist die Konferenz um das Treffen der Mitglieder des Kyoto-Protokolls (Meeting of the Parties, MOP) erweitert.

Einer der Kernpunkte des Kyoto-Protokolls war die Verankerung der Kyoto-Mechanismen (auch flexible Mechanismen) zur teilweisen Erreichung der Emissionsziele. Die Mechanismen basieren auf der ökonomischen Grundidee, Emissionsreduktionen möglichst kosteneffizient durchzuführen. Zu den flexiblen Mechanismen zählen:

- Joint Implementation (JI)
- Clean Development Mechanism (CDM)
- Emissionshandel

Das Kyoto-Protokoll ist das einzig völkerrechtlich verbindliche Instrument der Klimaschutzpolitik. Die im Kyoto-Protokoll festgelegten Reduktionsverpflichtungen der Industrieländer sind vergleichsweise niedrig angesetzt, wenn man den vom UNO-Weltklimarat prognostizierten Handlungsbedarf betrachtet (s.u.). Nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 braucht es ein nahtlos anschließendes Weltklimaabkommen, dass vor allem den Industrieländern eine deutlich stärkere Emissionsreduktion vorschreibt als bisher. Dafür muss die Konferenz in Bali den Weg ebnen.

## Treibhausgasemissionen steigen weltweit weiter an

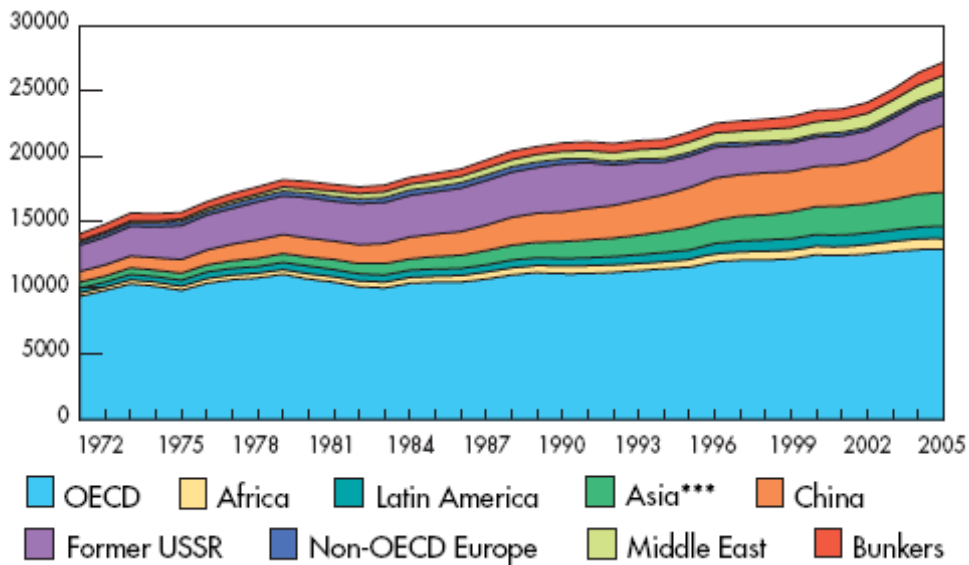
Die weltweiten Treibhausgasemissionen haben sich von 1973 bis 2005 nahezu verdoppelt. Waren es 1973 noch 15 Milliarden Tonnen, lagen die Treibhausgasemissionen im Jahr 2005 bereits bei 27 Milliarden Tonnen (IEA, 2007). Das Kyoto-Protokoll hat bisher keine Trendwende beim Klimaschutz gebracht.

---

<sup>1</sup> Die Klimarahmenkonvention wurde 1992 in New York City verabschiedet und im gleichen Jahr auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro von den meisten Staaten unterschrieben. Die Vertragsstaaten der Konvention treffen sich jährlich zu Konferenzen (COPs), den so genannten Weltklimagipfeln.

<sup>2</sup> Der Annex I der Klimarahmenkonvention von 1992 listet alle Länder auf, die im Rahmen der Klimarahmenkonvention die Selbstverpflichtung zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 übernommen haben. Auf der Liste stehen alle OECD-Länder (außer Korea und Mexiko) sowie alle osteuropäischen Länder (außer dem damaligen Jugoslawien und Albanien). Der Begriff "Annex I Länder" wird daher oft synonym mit "Industrieländer" benutzt.

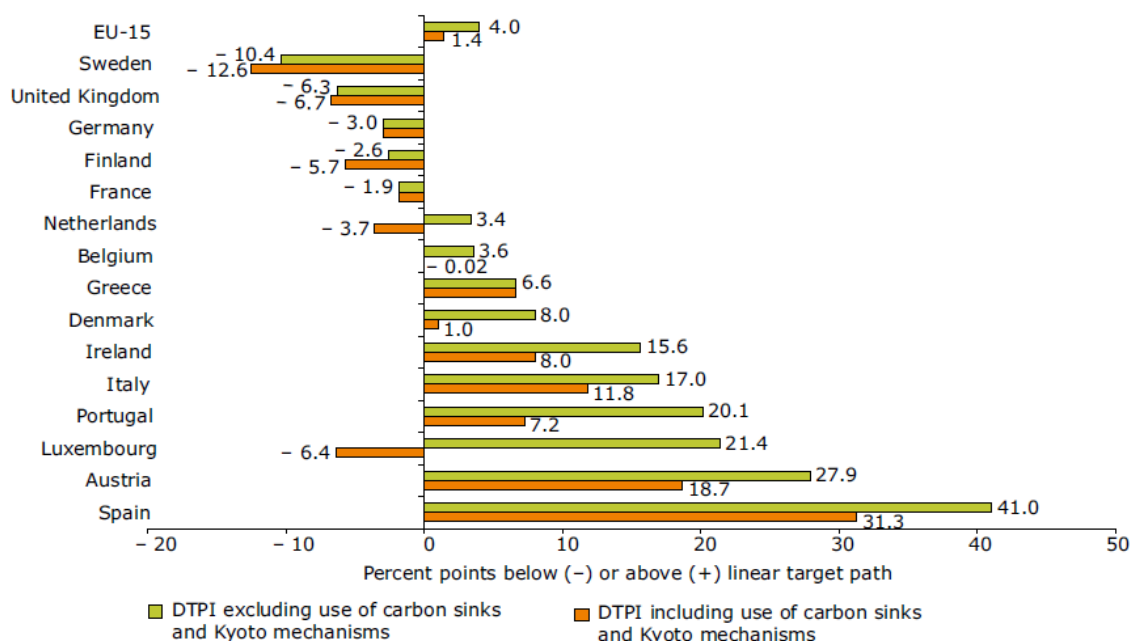
## Entwicklung der weltweiten CO2-Emissionen nach Regionen (IEA, 2007)



## Europäische Union: Nur gering sinkende Treibhausgasemissionen

Die Treibhausgasemissionen der EU-15 sind von 1990 bis 2005 um knappe 2%, jene der EU-27 um knapp 8% gesunken. Um das Kyoto-Ziel für die EU-15 (Minus 8% bis 2008 -2012) noch zu erreichen sind beträchtliche Anstrengungen notwendig. Den Löwenanteil der bisherigen Reduktionsleistung hat Deutschland beigesteuert, nicht zuletzt auch aufgrund der entschiedenen Maßnahmen während der Grünen Regierungsbeteiligung. Ca. 80% der Treibhausgasemissionen der EU-15 stammen aus dem Bereich Energieerzeugung und Energieverbrauch (inkl. Verkehr).

## Zielentfernung der EU-15 vom Kyoto-Ziel (mit und ohne flexible Mechanismen)

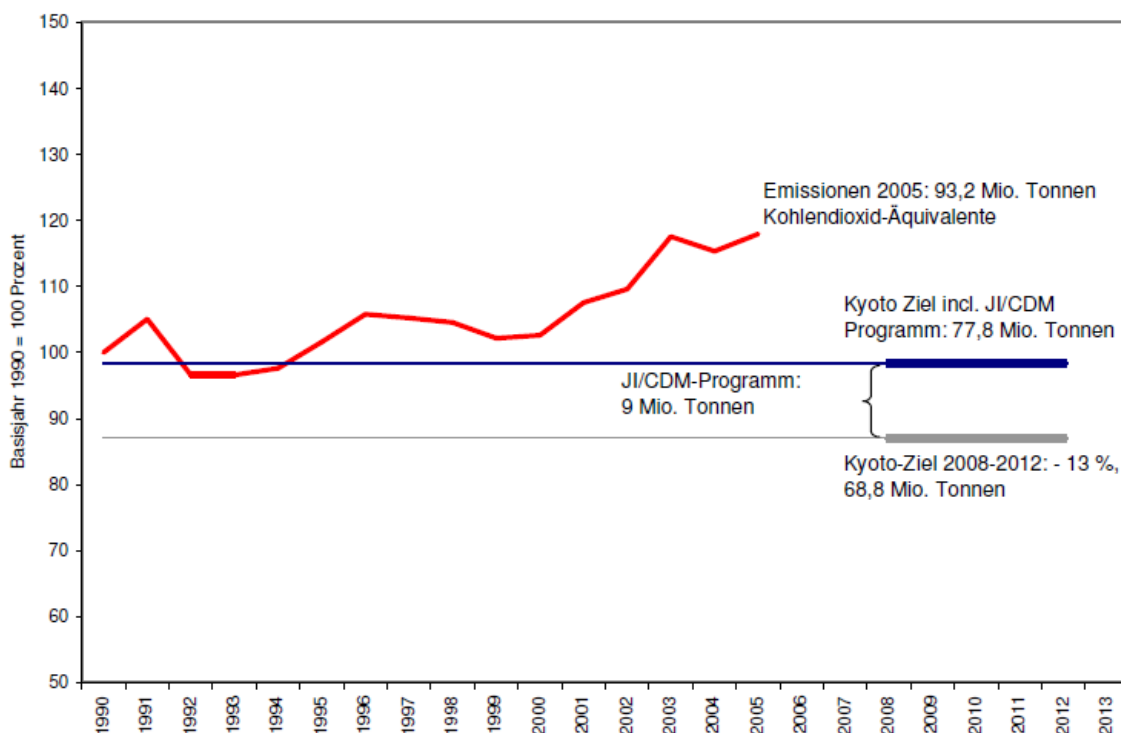


Quelle: EEA, 2007: Greenhouse gas emission trends and projections in Europe 2007

## Klimaschutz-Schlusslicht Österreich: Steigende Emissionen

Österreich zählt innerhalb der EU zu den Klimaschutzschlusslichtern. Nur Spanien ist derzeit weiter entfernt vom Kyoto-Ziel. Die Treibhausgasemissionen sind in Österreich seit 1990 um 18% angestiegen und lagen 2005 bei 93,3 Mio. Tonnen. In der Kyoto-Zielperiode (2008 – 2012) müssen sie aber um 13% unter dem Niveau von 1990 liegen. Derzeit liegt Österreich also 31 Prozentpunkte vom Kyoto-Ziel entfernt. Die Differenz zum Kyoto-Ziel (in absoluten Zahlen: 68,8 Millionen Tonnen) beträgt im Jahr 2005 also rd. 24,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente. Eine Trendwende ist auf Grund fehlender Maßnahmen der Bundesregierung nicht in Sicht. Neun Millionen Tonnen der Reduktionsverpflichtung sollen über den Zukauf so genannter CO<sub>2</sub>-Zertifikate reduziert werden (siehe Grafik).

### Österreichs Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Kyoto-Ziel unter Berücksichtigung flexibler Mechanismen



Quelle: Kyoto-Fortschrittsbericht, Umweltbundesamt 2007

## UNO-Weltklimarat: Nur mehr acht Jahre Zeit für globale Klima-Trendwende

Im vierten Teil des Weltklimaschutzberichts aus November 2007 hat das IPCC seine Aussagen zum Klimawandel nochmals verschärft. Ein Anstieg des Meeresspiegels sowie das Abschmelzen ganzjähriger Eis- und Schneeflächen seien nicht mehr zu verhindern. In Europa würden deutlich mehr Menschen durch Hitze sterben. Der Klimawandel schaffe neue Verliererregionen und Verlierergesellschaften. In den schlimmsten Szenarien könne die Temperatur im Mittel bis Ende dieses Jahrhunderts um mehr als 6 Grad Celsius steigen. Das ist weit mehr als bisher befürchtet. Laut IPCC hätte bereits eine Erwärmung von zwei Grad Celsius gravierende weltweite Klimakatastrophen zur Folge. Die momentane Ausgangssituation macht wenig Hoffnung: Selbst wenn überhaupt keine Treibhausgase mehr emittiert würden, stiege die Temperatur noch um bis zu 0,9 Grad. Laut IPCC ist die globale Durchschnittstemperatur von Beginn der Industrialisierung bis 2005 bereits um 0,74 Grad angestiegen. Daraus lässt sich leicht errechnen (0,9 plus 0,74 macht 1,64 Grad

Celsius), dass die Erde sich bereits nahe der Zwei-Grad-Grenze befindet. Fazit: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen rasch und radikal gesenkt werden.

#### Die Kernaussagen des UNO-Weltklimarats:

- Wir haben nur mehr ein Zeitfenster von acht Jahren, um die Trendwende zu schaffen. Spätestens ab 2015 müssen die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu sinken beginnen.
- Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur darf gegenüber dem vorindustriellen Niveau nicht mehr als 2 Grad betragen.
- Weltweit müssen die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mind. 50% gesenkt werden.
- Die Industrieländer müssen ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 30% und bis 2050 um mindestens 80% gesenkt werden (jeweils geg. 1990).

#### **Weltklimakonferenz in Bali: Letzte Chance für Exit-Strategie bei globalem Klimaschutz**

Die Weltklimakonferenz in Bali (UN-Klimagipfel vom 3.-14. Dezember 2007) ist wohl die letzte Chance, das Ruder beim internationalen Klimaschutz noch herumzureißen. Ziel der Konferenz ist es, einen Durchbruch für die Verhandlung eines neuen Weltklimaschutzabkommens zu erreichen, welches ab 2012 dem Kyoto-Abkommen nachfolgen soll. Dazu soll ein Verhandlungsfahrplan erstellt werden, der sicherstellt, dass ein engagiertes Kyoto-Nachfolgeabkommen bis Ende 2009 fertig verhandelt ist und – nach Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten rechtzeitig mit 1.1.2013 wirksam werden kann. Spätestens beim für 2009 in Kopenhagen geplanten UN-Klimagipfel muss die internationale Staatengemeinschaft sich auf verbindliche langfristige Reduktionsziele bei den Treibhausgasen festlegen.

Für vier Kernpunkte muss in Bali ein starkes Bekenntnis abgelegt werden:

- Die Industrieländer, also auch Österreich, müssen sich zu deutlich höheren Emissionsreduktionen verpflichten als bisher.
- Die stark wachsenden Schwellenländer (China, Indien, Brasilien etc.) müssen ebenfalls gewisse Reduktionspflichten übernehmen.
- Die reichen Industriestaaten müssen den Schwellen- und Entwicklungsländern mit Technologie und Kapital beim Klimaschutz viel stärker helfen als bisher.
- Die ärmsten Länder, die am meisten unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, müssen von den Industriestaaten bei Anpassungsmaßnahmen gegen den Klimawandel finanziell unterstützt werden.

#### **Die Positionen der Verhandler in Bali**

##### EU-Position: Licht und Schatten, Atom-Option nicht ausgeschlossen

Die EU hat in Form von Schlussfolgerungen der EU-Umweltminister am 30. Oktober 2007 ihre Position für die Klimaverhandlungen in Bali festgelegt, auch Österreich vertritt diese Position. Neben guten Zielen gibt es auch Schwächen in der EU-Position. Insbesondere die Option eines Ausbaus der Atomkraft unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wird nicht mehr – wie bisher im Kreise der EU-Umweltminister immer üblich – ausgeschlossen.

##### *Positive Aspekte der EU-Position:*

- + Globale Erwärmung auf max. 2 Grad begrenzen
- + Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz
- + Tief besorgt über die jüngsten Erkenntnisse des IPCC

- + Treibhausgasemissionen sollen Maximum in kommenden 10 bis 15 Jahren erreichen und danach weltweit bis 2050 auf mind. 50% unter den Wert von 1990 sinken.
- + Gruppe der Industrieländer soll Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25% bis 40% unter das Niveau von 1990 senken
- + Auch Schwellenländer wie Indien oder China sollen zum Klimaschutz verpflichtet werden
- + Die UN-Klimakonferenz soll den Grundstein für ein globales Emissionshandelssystem legen.
- +

#### *Negative Aspekte der EU-Position:*

- Die EU hat sich das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 30% gegenüber 1990 zu senken, ABER nur unter der Voraussetzung, dass sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Zielen verpflichten. Ansonsten will EU bis 1990 nur um 20% reduzieren. Dies steht im klaren Widerspruch zur angestrebten „Vorreiterrolle“ der EU.
- Die EU schließt Ausbau der Atomkraft in ihrer Klimaschutzposition nicht dezidiert aus, im Gegenteil: „Technologien mit geringen Treibhausgasausstoß“ bzw. „mit niedrigen Kohlendioxidausstoß“ sollen gefördert werden. Hinter diesen Begriffen versteckt sich seit ca. 2 Jahren die Atomkraft; die Atomindustrie will unter dem Vorwand des Klimaschutzes auf die selbe Ebene wie erneuerbare Energieträger gestellt und weiter massiv gefördert werden. Dabei ist längst nachgewiesen, dass AKW keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten können.

#### Gibt USA Anti-Klimaschutz-Rolle auf?

Offen bleibt, welche Position die USA beim Kampf gegen die Treibhausgasemissionen einnehmen wird. Die USA hat das Kyoto-Protokoll zwar unterzeichnet aber nicht ratifiziert. Die USA stehen für rund ein Viertel des weltweiten Ausstoßes an Kohlendioxid. Der scheidende US-Präsident George W. Bush gilt bisher als erbitterter Gegner des Kyoto-Protokolls.

#### Hoffnung Australien?

Auch Australien hat bisher das Kyoto-Protokoll nur unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Der designierte australische Regierungschef Kevin Rudd hat jedoch angekündigt, das nun nachholen zu wollen.

#### Schwellenländer China und Indien: erst Wirtschaftswachstum, dann Klimaschutz

Beim UN-Klimagipfel in Nairobi 2006 verkündete der chinesische Delegationsleiter, Reduktionsziele für China erst ab 2080 (!) zu akzeptieren. Motto: Wirtschaftswachstum vor Klimaschutz. Angesichts der zunehmend gravierenden Umweltprobleme in China auf Grund der rasant wachsenden Anzahl von Kohlekraftwerken, des Verkehrs etc. gibt es aber auch Anzeichen für den Beginn eines Umdenkens. Indien mit seinem weit geringeren Pro-Kopf-Emissionen (ein Zwanzigstel der US-Pro-Kopf-Emissionen) war beim UN-Klimagipfel in Nairobi 2006 ebenfalls nicht bereit, über eigene Klimaschutzziele zu verhandeln. Es wird von den (finanziellen) Angeboten der Industrieländer an die Schwellenländer abhängen, inwieweit diese sich für Klimaschutzvereinbarungen bereit erklären.

#### **Österreich droht Milliarden-Debakel**

Allen gegenteiligen Beteuerungen von Bundeskanzler und Umweltminister zum Trotz steuert Österreich beim Klimaschutz auf ein finanzielles Debakel zu, das Eurofighter-Dimensionen erreichen kann. Die Lücke bei der Erreichung des Kyoto-Ziels muss durch Zukäufe von Emissionsrechten aus dem Ausland kompensiert werden. Jene neun Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>,

die Österreich bereits fix durch solche Zukäufe reduzieren will, werden das österreichische Budget in den Jahren 2008 bis 2012 mit ca. 360 Mio. Euro belasten<sup>3</sup>.

Angesichts der Wirkungslosigkeit der Klimapolitik der Bundesregierung wird die Kostenbelastung aber noch um ein Vielfaches höher liegen.

Die derzeit auf dem Weg befindlichen Klimaschutzmaßnahmen in Österreich sind entweder zu schwach oder greifen zu spät, um das Kyoto-Ziel (Minus 13% gegenüber 1990) noch erreichen zu können. Angesichts des ungebremsten Wachstums in den Bereichen Verkehr und Stromverbrauch ist aus heutiger Sicht ein Sinken der Treibhausgasemissionen in Österreich unwahrscheinlich, bestenfalls erscheint eine Stabilisierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Niveau von 2005 möglich. Das würde bedeuten, dass 15 Mio. Tonnen über den Wege von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten zugekauft werden müssen. Die Zertifikatspreise sind in den letzten Monaten stark angestiegen, Experten rechnen mit einem realistischen Preis von 20 Euro pro Tonne ab 2008. Das würde bedeuten, dass Österreich im Zeitraum 2008 bis 2012 zusätzlich zu den 360 Mio. Euro (s.o.) weitere 1,5 Milliarden Euro an Kompensationszahlungen leisten müsste<sup>4</sup>.

Alles in allem müsste Österreich, also letztlich die SteuerzahlerInnen, knapp zwei Milliarden Euro an Klimazahlungen leisten. Von diesen Zahlungen würde zudem die österreichische Wirtschaft kaum profitieren, da die bisherige Erfahrung mit solchen Kompensationsprojekten zeigt, dass österreichische Unternehmen an Reduktionsprojekten im Ausland kaum beteiligt sind.

### **Milliardenzahlungen für Österreich auch nach Kyoto?**

Der oben beschriebene Zukauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten wirkt nur in der Kyoto-Periode. Die in Bali beginnenden Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen lassen aber erwarten, dass die Industrieländer und damit auch Österreich und die EU sich auf weiter reichenden Reduktionsverpflichtungen festlegen werden müssen. So hat die EU als Position für Bali (s.u.) festgelegt, ihre Emissionen bis 2020 um 20% gegenüber 1990 senken zu wollen, bzw. um 30%, wenn andere Industriestaaten mitziehen. Der Weltklimarat (s.u.) verlangt von den Industrieländern eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% bis 2020 und um 80% bis 2050.

Setzt Österreich also keine wirksamen Klimaschutzmaßnahmen, werden auch nach 2012 Kompensationszahlungen in beträchtlicher Höhe notwendig sein.

Obwohl Österreich sich national und international vergleichsweise ambitionierte klima- und energiepolitische Ziele gesetzt hat, laufen derzeit alle Trends in die Gegenrichtung:

#### Österreich – nationale Ziele laut Regierungsprogramm

- Bis 2010 soll im Strombereich ein Anteil von 80 Prozent und bis 2020 sogar 85 Prozent aus Erneuerbaren Energien erreicht werden. Derzeit liegt dieser Wert bei 57% Prozent und die Tendenz ist weiter fallend. Der aktuelle, schwache Gesetzesentwurf für ein neues Ökostromgesetz wird diesen negativen Trend weiter festigen.

<sup>3</sup> Neun Mio. Tonnen mal 5 Jahre (2008 – 2012) ergibt 45 Mio. Tonnen. Annahme eines Preises von 8 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> (entspricht im Durchschnitt den Preisen, die in den letzten 2-3 Jahren, als die Bundesregierung den Großteil dieser Ankaufsverträge abgeschlossen hat, üblich waren): 8 Euro mal 45 Mio. Tonnen ergibt 360 Mio. Euro für den Zeitraum 2008 – 2012.

<sup>4</sup> 15 Mio. Tonnen mal 5 Jahre ergibt 75 Mio. Tonnen im Zeitraum 2008 – 2012 mal einem Preis von 20 Euro pro Tonne ergibt 1,5 Milliarden Euro.

- Bis 2010 soll die Energie-Produktivität um 5 Prozent ansteigen. Derzeitige Tendenz: sinkend.
- Bis 2020 sollen 45 % des Gesamtenergieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Derzeit ist die Tendenz sinkend.

### Österreich – internationale Ziele

Völkerrechtlich verbindlich hat sich Österreich im Rahmen des Kyoto- Protokolls zu folgendem Emissionsziel verpflichtet:

- In der Kyoto-Erfüllungsperiode 2008 bis 2012 sind im Durchschnitt die Treibhausgasemissionen um 13 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren – derzeit liegt Österreich 31 Prozentpunkte über dem Kyoto-Zielwert, Tendenz steigend.

Im Rahmen der für 2020 beschlossenen Energie- und Klimaziele der EU hat Österreich folgende Ziele mitzutragen:

- Eine um 20 Prozent höhere Energie-Produktivität gegenüber Business-as-Usual – die derzeit aber in Österreich fallend ist.
- Eine Reduktion um 20 Prozent (oder sogar 30 Prozent, falls Staaten wie die USA und China teilnehmen) bei den Treibhausgasemissionen – die derzeit in Österreich weiterhin ansteigen.
- Einen Anteil von mindestens 20 Prozent der Gesamtenergie aus Erneuerbaren Energien, den Österreich derzeit zwar mit 22 Prozent bereits erfüllt, aber bei weiterem Anstieg des Gesamtenergieverbrauchs wegen der fallenden Tendenz beim Anteil der Erneuerbaren in wenigen Jahren möglicherweise wieder verfehlt.

### **Österreich als Bremser bei internationalen Klimaverhandlungen?**

Das Faktum, dass Österreich bereits das Kyoto-Ziel verfehlen wird und derzeit auch alle wichtigen klima- und energiepolitischen Trends negativ sind, lässt befürchten, dass Österreich sich gegen ein ambitioniertes Klimaschutzziel im Inland nach 2012 wehren wird. Ein Anzeichen dafür ist beispielsweise der von der Bundesregierung immer wieder ins Treffen geführte Tanktourismus nach Österreich. Demzufolge würden Österreich ungerechtfertigter Weise einige Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zu viel an Emissionen verrechnet<sup>5</sup>. Es steht zu befürchten, dass insbesondere Wirtschaftsminister und Industriellenvereinigung sich massiv gegen ambitionierte österreichische Klimaschutzziele im Rahmen der EU-Lastenverteilung einsetzen werden. Vor diesem Hintergrund darf Österreich bei den internationalen Klimaverhandlungen keinesfalls als Bremser auftreten, nur weil die eigenen Ziele nicht erreicht werden.

---

<sup>5</sup> Auf Grund der in Österreich im Vergleich zu Deutschland und Italien deutlich niedrigeren Treibstoffpreise tanken viele ausländische Fahrzeuge in Österreich. Laut Kyoto-Protokoll werden aber die Emissionen des Verkehrsbereichs nach dem Treibstoffabsatz berechnet, also im Falle des Tanktourismus Österreich zugerechnet. Durch eine Anhebung der Dieselsebesteuerung, wie das die Grünen seit mehrfach gefordert haben auf das um ca. 12 Cent höhere Niveau von Benzin, könnte ein Großteil des Tanktourismus eingedämmt werden. Nicht zu vergessen sind auch die höheren Steuer-Einnahmen für den Finanzminister aus dem Tanktourismus.

# Grüne Forderungen und Maßnahmen für die Klimakonferenz in Bali

In Bali muss die Staatengemeinschaft die Weichen für ein weit reichendes und ambitioniertes Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll stellen. Ein klarer Verhandlungsfahrplan muss dazu führen, dass bis spätestens Ende 2009 ein neues Weltklimaschutzabkommen fertig verhandelt ist, das von den Vertragsstaaten rechtzeitig ratifiziert werden kann, um ab 2013 wirksam zu werden. Dadurch soll ein nahtloser Übergang vom Kyoto-Protokoll zum Folgeabkommen geschaffen werden.

Folgende Ziele und Eckpunkte müssen in einem neuen Abkommen verankert werden:

## **1. Reduktion der Treibhausgasemissionen der Industrieländer bis 2020 um mindestens 30%, bis 2050 um mindestens 80%.**

In die Klimarahmenkonvention muss als Zielvorgabe aufgenommen werden, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 2° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um mind. 50% gegenüber 1990 zu senken.

## **2. Schwellenländer müssen in das Weltklimaabkommen integriert werden und ebenfalls – angemessene – Reduktionsverpflichtungen – übernehmen.**

Neben Australien, den USA usw. sind auch neu-industrialisierte Industrieländer mit einem hohem Pro-Kopf-Einkommen wie z.B. Mexiko, Brasilien, Saudi-Arabien, Südkorea, Singapur in verbindliche Klimaschutzziele mit einzubinden. Auch China und Indien sind beim Kampf gegen den Klimawandel mit ins Boot zu holen. Allerdings unter den Gesichtspunkten eines fairen Anteils („fair share“): Weltweite gleiche Pro-Kopf-Emissionsrechte bis Mitte des Jahrhunderts könnten dabei eine wichtige Orientierung sein. ExpertInnen schlagen als globales Ziel einen Wert von zwei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr vor. Dieser Wert müsste bis 2050 erreicht werden. Derzeit liegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf im weltweiten Durchschnitt bei 4,22 t CO<sub>2</sub>.

## **3. Entwicklungsländern soll der Zugang zum Emissionshandelssystem ermöglicht werden, bisher unregelte Sektoren sollen einbezogen werden.**

Der Emissionshandel soll weltweit ausgedehnt, seine Wirksamkeit verbessert und der Flug- und Schiffsverkehr miteinbezogen werden.

## **4. Unterstützung der Entwicklungsländer bei Umstellung auf saubere Technologien und bei Anpassungsmaßnahmen**

Die Entwicklungsländer tragen kaum zum Klimawandel bei, sind aber am stärksten betroffen. Sie verfügen nicht über die Ressourcen, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Derzeit gibt es kaum Mittel, die die Schäden des Klimawandels in den Entwicklungsländern decken können, weniger als ein Prozent der Entwicklungsfinanzierung fließen in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Auf bis zu 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr werden die weltweiten Kosten für Klimaschutz-Anpassungsmaßnahmen geschätzt. Berechnet man die Kosten für den Umbau der Energiesysteme in den Schwellen- und Entwicklungsländern mit ein, so schätzt die Weltbank den Gesamtbedarf auf bis zu 360 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2030. Die Industriestaaten müssen die Entwicklungsländer auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels finanziell um ein Vielfaches stärker unterstützen als bisher. Die derzeitigen Finanzierungsinstrumente reichen nicht aus. Daher soll ein „Globaler Klimafonds“, in den die Industriestaaten einzahlen, unter Berücksichtigung der bisherigen internationalen Finanzierungsinstrumente, wie z.B. der *Globalen Umweltfazilität (GEF) der UNO* eingerichtet werden. Die Industrieländer müssen im Sinne einer globalen Gerechtigkeit weitreichende finanzielle Zusagen machen, ohne diese von den undotierten Entwicklungshilfebudgets abzuziehen.

## **5. Kampf gegen die Entwaldung**

Die tropischen Regenwälder halten bis zu 40 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs gespeichert und haben eine große Bedeutung für die Milderung der zunehmenden Klimaschwankungen. Der Kampf gegen die Entwaldung der Tropen muss eine zentrale Rolle in der nächsten Phase des Kyoto-Protokolls spielen.